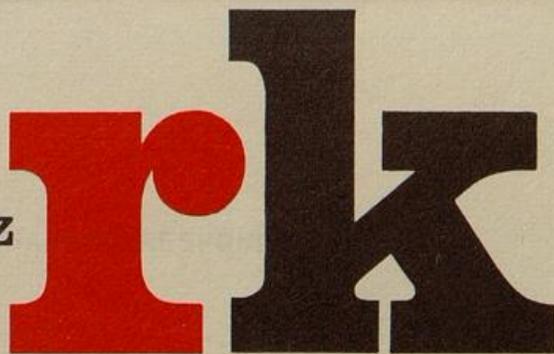


# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

Donnerstag, 14. Mai 1981

Blatt 1220

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS

ausgesendet: Gratz an Kardinal König  
(violett)

Kommunal:  
(rosa)

Dampferfahrt für 740 junge Bedienstete  
Mit dem "Grünbus" nach Hirschstetten  
Stadtrat Hofmann: Wohnstraßen gesetzlich verankern  
Wiener Gemeinderat  
Schieder: Volle Unterstützung Wiens für Minister  
Steyrer und Bleireduktion

Wirtschaft:  
(blau)

Holding: Umsatzplus 6,1 Prozent

Nur

Über FS: 14.5. Ringstraße am Samstag Fußgängerzone  
Freikartenausgabe für das Spiel FavAC - LAC

.....  
Bereits am 13. Mai 1981 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Gratz an Kardinal König

=++++

9 Wien, 13.5. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Leopold GRATZ hat an Kardinal Franz KÖNIG folgendes Telegramm gesandt: "Tief bestürzt über das unfaßbare Attentat auf die Person des Papstes bitte ich Sie, meine Anteilnahme entgegenzunehmen. Hoffen und Bangen um den Papst teile ich mit Millionen Menschen auf der ganzen Welt."

Ein Telegramm im gleichen Sinne richtete Bürgermeister Gratz an den päpstlichen Nuntius in Wien Erzbischof Mario CAGNA. (Schluß)  
sti/gg

NNNN

## Dampferfahrt für 740 junge Bedienstete

=++++

1 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) Freitag werden auf Einladung von Personalstadtrat Franz NEKULA rund 740 junge Mitarbeiter aus den verschiedensten Bereichen der Stadtverwaltung mit dem DDSG-Schiff "Stadt Wien" die schon traditionelle jährliche Fahrt von Wien nach Dürnstein und zurück unternehmen. Während des ganztägigen Ausflugs auf der Donau - in Dürnstein ist ein festlicher Empfang vorbereitet - werden die jungen Menschen Gelegenheit haben, einander besser kennenzulernen. Eine Quizveranstaltung und zwei Tanzkapellen werden an Bord der "Stadt Wien" für gute Unterhaltung sorgen. (Schluß)

en/sr

NNNN

Mit dem "Grünbus" nach Hirschstetten

=++++

2 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen der Rundfahrten "Modernes Wien" finden bis 26. Juni jeden Freitag Fahrten mit dem "Grünbus" statt. Der "Grünbus" führt zur Besichtigung des Reservegartens Hirschstetten in den 22. Bezirk, anschließend auf die Donauinsel bis zum Donauentlastungsgerinne.

Die Rundfahrten mit dem "Grünbus" beginnen jeden Freitag um 13 Uhr am Friedrich-Schmidt-Platz, dauern etwa 3 Stunden und führen wieder zum Friedrich-Schmidt-Platz zurück. Die Karten für den "Grünbus" kosten 20 Schilling und werden bis zu 14 Tagen vor Antritt der Fahrt im Rundfahrtenbüro der Stadt Wien in der Schmidthalle des Rathauses abgegeben. Telefonische Reservierungen können leider nicht entgegengenommen werden. (Schluß) sch/bs

NNNN

Holding: Umsatzplus 6,1 Prozent

=++++

5 #Wien, 14.5. (RK-WIRTSCHAFT) Die in der Wiener Holding zusammengefaßten 33 Tochtergesellschaften und drei verwalteten Gesellschaften der Stadt Wien konnten ihre Umsätze im Jahr 1980 um 6,1 Prozent steigern. Die Investitionen betragen im gleichen Zeitraum 1,8 Milliarden. Das berichteten Holding Generaldirektor Dr. Josef MACHTL und die Direktoren Dkfm. STADLER und Dr. REIDL Donnerstag in der Bilanz-Presskonferenz des Unternehmens.#

Weiter wurde berichtet, daß die Kunststoffrückgewinnungsgesellschaft m.b.H. ihren Probetrieb aufgenommen hat und die neue Recycling-Anlage im heurigen Jahr voll betrieben wird. Für den Bauteil "C" des Wohnparks Alt-Erlaa wird eine Ausschreibung erfolgen, die die Höhe der Gehstehungskosten ersichtlich machen wird. Das Dienstverhältnis mit Dr. Kraus bestehe weiter, und er werde in absehbarer Zeit im Konzernbereich eine neue leitende Funktion übernehmen. Die Firma Odelga habe zwar die Kampagne im Zusammenhang mit dem Bau des Allgemeinen Krankenhauses gespürt, sei in ihrer Existenz jedoch nicht gefährdet. Die Gustana habe gemeinsam mit dem Bayrischen Roten Kreuz ein Experiment über die Einrichtung der Aktion "Essen auf Rädern" gestartet. Die ersten Erfolge sind vielversprechend.

Hinsichtlich der gegenwärtigen Probleme in der Zusammenarbeit zwischen der Kläranlage und den Entsorgungsbetrieben Simmering trat Machtl dafür ein, beide Einrichtungen möglichst bald einer gemeinsamen Führung zu unterstellen. (Schluß) and/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Erschütterung über Papst-Attentat

=++++

6 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat trat Donnerstag unter dem Vorsitz von GR. MAYRHOFER (SPÖ) zu einer Sitzung zusammen. Der Vorsitzende betonte, man habe mit Erschütterung das Attentat auf Papst Paul II. aufgenommen. alle Mitglieder des Gemeinderates hoffen auf eine baldige Gensesung des Papstes.

Da einige Mitglieder des Gemeinderates eine heute um 12 Uhr stattfindende Messe im Stephansdom besuchen wollen, wird die Sitzung des Wiener Gemeinderates zwischen 11.30 und 13 Uhr unterbrochen.

Zwtl.: Fragestunde

Auf die ERSTE ANFRAGE von Stadtrat Dr. GOLLER (ÖVP), wie hoch die von Bürgermeister Gratz eingesetzte Kommission die Doppelverrechnungen, Mehrzahlungen etc. beim AKH einschätze, antwortete Bürgermeister GRATZ (SPÖ), daß die Arbeiten noch nicht abgeschlossen sind. Derzeit sei eine genaue Quantifizierung daher noch nicht möglich. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, warum er in einem ORF-Interview Ende April eine Zahl von 150 Millionen nennen konnte, antwortete Gratz, daß diese Zahl ein annähernder Wert war. Er bekam diese Zahl auf seine Anfrage hin von der Kommission, die damals jedoch betonte, daß die genaue Aufschlüsselung und Errechnung noch im Gange sei. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob er bereit sei, dem Gemeinderat den Zwischenbericht der Kommission vorzulegen, antwortete Gratz, "gerne". (Forts.) sei/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

7 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. Mag. KAUER (ÖVP), wie sich das Dienstverhältnis von Hans Mahr bei der Gemeinde Wien mit seiner Beschäftigung für die SPÖ vereinbare, antwortete Bürgermeister Gratz (SPÖ), "sehr gut". Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, in welcher rechtlichen Form das abgedeckt sei, antwortete Gratz, daß Herr Mahr am 28. August 1980 um die Genehmigung der Nebenbeschäftigung angesucht und daß das Personalamt dies am 16. September 1980 zur Kenntnis genommen habe. Herr Mahr bezieht seither kein Überstundenpauschale. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob die Verquickung von Gemeinde- und Parteiarbeit nicht dazu beitragen werde, das gegebene Desinteresse an den politischen Vorgängen zu verstärken, antwortete Gratz, "nein". Eher könnte dies schon der Fall sein, wenn Vertreter von politischen Parteien die Tätigkeit bei einer politischen Partei verurteilen. (Forts.) sei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

8 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von Stadtrat Dr. GOLLER (ÖVP), ob im Rahmen der Erhebungen zum AKH-Skandal auch andere Korruptionsfälle im Bereich der Stadt Wien bekannt geworden sind, antwortete Bürgermeister GRATZ, daß ihm persönlich keine bekannt geworden seien. Goller wies in seiner ERSTEN ZUSATZFRAGE auf das Buch von Alfred Worm über den AKH-Skandal hin, in dem auch Schmiergeldzahlungen in anderen Bereichen der Stadt Wien erwähnt werden. Er stellte die Frage, ob in diesem Zusammenhang Disziplinarverfahren eingeleitet werden. Gratz antwortete, er sei bereit, die Behauptungen überprüfen zu lassen. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob er die Absicht habe, das Einvernehmen mit der Staatsanwaltschaft herzustellen, sagte Gratz, er habe die Absicht, den Magistratsdirektor zu ersuchen, die in dem genannten Buch aufgestellten Behauptungen genau zu prüfen.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. MICHALICA (SPÖ), in welchem Ausmaß bisher Bürgschaften zum Ausbau von Dachböden für Wohnzwecke übernommen wurden, antwortete Stadtrat MAYR, daß seit Beginn dieser Aktion 34 Bürgschaften in einem Gesamtausmaß von 16,1 Millionen Schilling übernommen wurden. Auf die ZUSATZFRAGE, ob schon Zahlungen geleistet wurden, antwortete Mayr, daß bisher keine Inanspruchnahme der Stadt Wien erfolgt sei. Dies bestätige die gute Zahlungsmoral. (Forts.) ger/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

9 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. Margarete TISCHLER (SPÖ), welcher Zweck mit der Studie über den Wiener Volksprater verfolgt worden sei, antwortete Stadtrat MAYR (SPÖ): Das Konzept wurde mit dem Ziel einer Belebung des Wurstelpraters für Wiener und Touristen erstellt. Anlaß dafür war die nicht zufriedenstellende Entwicklung des Praters in den letzten Jahren. Ein Prater-Beirat wurde gebildet, der seine Tätigkeit im Dezember 1980 aufgenommen hat. Auf die Zusatzfrage, welche Aktivitäten vorgesehen sind, führte Stadtrat Mayr unter anderem an, daß der Prater kinderfreundlicher werden soll.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), welche Überlegungen ihn veranlaßt haben, den Vorschlag zu begrüßen, das kleine Kfz-Pauschale abzuschaffen und gleichzeitig ein erweitertes Pendlerpauschale einzuführen, antwortete Stadtrat MAYR (SPÖ), daß die steuerliche Begünstigung der Nichtinanspruchnahme öffentlicher Verkehrsmittel den kommunalpolitischen Interessen zuwiderlaufe. Dort, wo öffentliche Verkehrsmittel zur Verfügung stehen, soll man diese fördern. Die Steuermehreinnahmen, die sich aus dem Wegfall des Kfz-Pauschales ergeben, sollten dem öffentlichen Nahverkehr zur Verfügung gestellt werden. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob er bedacht habe, daß eine erweiterte Begünstigung für Pendler Zweitwohnungsbesitzer einen Anreiz biete, diesen Zweitwohnsitz bei der Volkszählung als Hauptwohnsitz anzugeben, antwortete Mayr, daß dies sehr wohl berücksichtigt wurde. Aber es ist ja jederzeit möglich, den ordentlichen Wohnsitz zu wechseln, deshalb sind keine unmittelbaren Auswirkungen auf das Ergebnis der Volkszählung zu erwarten. Er habe schon mehrmals die Ansicht vertreten, daß er die gegenwärtige Form des Finanzausgleichs für überholt halte. (Forts.)  
ger/bs

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

10 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) Es sollte der Versuch unternommen werden, den Finanzausgleich auf eine neue Basis zu stellen, sagte Mayr. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob es möglich sei, daß die Ausfälle Wiens durch den Wegfall der Kfz-Pauschale größer sind als der steuerliche Zufluß, antwortete Mayr, daß die Gesamtreform der Lohn- und Einkommenssteuer abgewartet werden müsse. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

11 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. FÜRST (ÖVP), wie die Bewachung der Baustelle des neuen AKH erfolge, antwortete Stadtrat MAYR (SPÖ), daß er über die einzelnen Sicherheitsmaßnahmen in einer öffentlichen Sitzung nichts sagen wolle, beonte jedoch, daß die Baustellenüberwachung und -aufsicht verdreifacht wurde. Auch die Polizei wurde um verstärkte Überwachung gebeten. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach der Höhe der festgestellten Schäden in Folge von Brandstiftung, Bränden und Diebstählen, erläuterte Mayr, daß die ersten beiden Brände nur unerhebliche Schäden verursachten, während durch den dritten Brand ein Schaden von zehn Millionen Schilling entstand. Allenfalls vorgekommene kleine Diebstähle von Baumaterial lassen sich nur schwer quantifizieren. Die ZWEITE ZUSATZFRAGE lautete, ob die Gemeinde Wien bereit sei, zur Bewachung eigene Kräfte bereitzustellen. Mayr antwortete, er halte es nicht für sinnvoll, eigene Bedienstete dafür zu verwenden, da das Bewachungsunternehmen mit dem entsprechend ausgebildeten Apparat ausgestattet sei. Polizeipräsident Reidinger sei optimistisch hinsichtlich der Ausforschung der Täter, die für die Brandanschläge verantwortlich sind. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Fragestunde

=++++

12 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. Christine SCHIRMER (SPÖ), wie weit die Planungen für die Vorortelinie gediehen sind, antwortete Stadtrat Univ.-Prof. Dr. WURZER (SPÖ), daß die Reaktivierung und Restaurierung durch die ÖBB in sehr guter Zusammenarbeit mit der Stadt Wien vorangetrieben werden. Wurzer wies darauf hin, daß die Heiligenstädter Brücke, die Rikthausenbrücke und die Brücken über die Hernalser Hauptstraße einfühlsam den Bedürfnissen des Schnellbahnbetriebes angepaßt werden und betonte, daß man sich des bedeutenden baukünstlerischen Erbes Otto Wagners bewußt sei. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, welche bestehenden Stationen der Vorortelinie erhalten werden können, antwortete Wurzer, daß die Haltestellen Ottakring, Hernals und Gersthof in einer Weise den Anforderungen des Schnellbahnbetriebes angepaßt werden, die auch von Otto Wagner toleriert worden wäre. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE nach der Situierung neuer Stationen antwortete Wurzer, daß solche in Breitensee, an der Krottenbachstraße und in Oberdöbling geplant sind. Für eine spätere Bauphase bestehe der Wunsch, in Unterdöbling eine Station einzurichten. (Forts.) and/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Fragestunde

=++++

13 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) Die NEUNTE ANFRAGE wurde zurückgezogen. Gr. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) stellte die ZEHNTE ANFRAGE nach der baldigen Ausgestaltung des Rathausplatzes. Dazu Stadtrat Univ.Prof.Dr. WURZER (SPÖ): Diese Angelegenheit steht im Zusammenhang mit der Verkehrsfreimachung der Reichsratstraße, die wiederum von der neuen Verkehrsorganisation auf der Lastenstraße und den Schleifenlösungen in der Inneren Stadt abhängig ist. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob für den Rathausplatz ein neuer Wettbewerb ausgeschrieben werde, sagte Wurzer, daß dieser Platz nach in- und ausländischer Ansicht einer der am besten gestalteten Plätze ist. Weitere Gestaltungsmaßnahmen könnten erst nach Abschluß der geplanten Verkehrsmaßnahmen überlegt werden.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob er sich vorstellen könne, den Kunststoffrasen zu entfernen, und die anderen Grünflächen für die Kinder zu öffnen, antwortete Wurzer, daß der gegenwärtige Belag den Kindern als Ersatzspielplatz diene. Die Platzgestaltung sei von der künftigen Verkehrsorganisation in diesem Bereich abhängig. Eine Fußgängerzone Rathausplatz lasse jedoch nicht die gleiche Frequenz erwarten wie andere große Fußgängerzonen in Wien. Das sei durch die Lage zwischen dem im wesentlichen nur bis in die späteren Nachmittagsstunden frequentierten Rathaus, dem erst am Abend besuchten Burgtheater und dem ebenfalls nur zeitweise frequentierten Parlament begründet. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Fragestunde

=++++

14 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) Auf die ELFTE ANFRAGE von GR. OBLASSER (SPÖ), welches Ergebnis die Mieterpartizipation in der städtischen Wohnhausanlage 16., Feßtgasse, gebracht habe, antwortete Stadtrat HATZL (SPÖ), die Aktion sei auf Vorschlag des planenden Architekten so wie vorgesehen durchgeführt worden, allerdings erweitert auf 16 Wohneinheiten. Die Mieter hätten dabei unter anderem Einfluß nehmen können auf die Grundrißgestaltung der Wohnungen, auf die Anzahl und Größe der Fenster, auf den Farbton der Innentüren und auf die Auswahl von Wand- und Bodenbelägen. Als Ergebnis gebe es nun wie geplant zehn A-Type-Wohnungen, sieben statt sechs B-, 21 statt 18 C-, und eine statt vier D-Wohnungen.

Außerdem wurde ein Trend zum Verzicht auf Loggien und Balkone zugunsten größerer Aufenthaltsräume festgestellt. Generell habe der Versuch eine positive Wertung erfahren. Der finanzielle Mehraufwand wurde als Forschungsausgabe verbucht.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob diese Vorgangsweise nach dem offensichtlichen Erfolg auch in anderen Wohnhausanlagen angewandt werden würde, antwortete Stadtrat HATZL: Ja, allerdings mit Rücksichtnahme auf vorhandene Schutzzonen und geschlossene Viertel. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, welche und wieviel Wohnhausanlagen mit Mitbestimmung geplant seien, antwortete Stadtrat Hatzl, daß in allen Bezirken Wiens insgesamt 23 Wohnhausanlagen in dieser Weise errichtet würden. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Fragestunde

=++++

15 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWÖLFTE ANFRAGE von Gr. OBLASSER (SPÖ), welche Maßnahmen in absehbarer Zukunft im Stadterneuerungsgebiet Ottakring vorgesehen seien, antwortete Stadtrat HATZL (SPÖ): Verbesserungen im Straßenraum, eine neue Verkehrsregelung, die Bemalung von Feuermauern, vor allem im Bereich der Wichtelgasse, allgemein eine bessere Versorgung mit Grünflächen, wobei vor allem der Park in der Wichtelgasse demnächst fertiggestellt würde, und eine Verbesserung der technischen Infrastruktur. Auf diesem Gebiet sei vor allem die Ausnützung der Abwärme der Ottakringer Brauerei für die Wohnhausbeheizung zu erwähnen.

Wohnungsverbesserung in an die 70 Wohnungen und Althausinstandsetzungen, wobei auch private Initiativen in Vorbereitung wären, würden den Wohnungsneubau ergänzen.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob in Bezug auf den Grundeigentümer in der Lambertgasse, der durch Uneinsichtigkeit das Erneuerungsprogramm behindere, Enteignungsmaßnahmen geplant seien, antwortete Stadtrat Hatzl, da dieser Besitzer einer Glasereifirma für Gespräche nicht zugänglich sei, wäre es zwingend notwendig, alle gesetzlichen Möglichkeiten auszunützen. (Forts.) roh/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Fragestunde

=++++

16 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) Auf die 13. ANFRAGE von GR. HAHN (ÖVP), wieso bei Zuweisungen von Gemeindewohnungen den zukünftigen Mietern Einbauküchen eines Holding-Betriebs angeboten werden, sagte Stadtrat HATZL, daß seit 1979 keine Wohnungen mit Einbauküchen angeboten werden. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob nicht doch ein indirekter Druck auf die Mieter bestehe, diese Einbauküchen zu nehmen, sagte Hatzl, daß der Kauf einer derartigen Küche grundsätzlich für die Vergabe keine Bedeutung hat. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob nicht doch Maßnahmen gesetzt werden sollen, um derartige Praktiken völlig zu unterbinden, erwiderte Hatzl, es gebe nichts zu unterbinden.

Auf die 14. ANFRAGE von GR. Dr. PETRIK, wie viele Gemeindewohnungen derzeit leerstehen, antwortete Stadtrat HATZL: es stehen derzeit 583 vor 1969 errichtete Wohnungen frei, von denen 353 in Besichtigung zur Vergabe und der Rest in Vorbereitung zur Vergabe stehen. Von den nach 1969 errichteten Wohnungen stehen 25 frei. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wieso Wohnungswerber mit Berechtigungsschein immer öfter freie Gemeindewohnungen angeben können, diese Wohnungen dann aber nicht bekommen, sagte Hatzl, es gebe eine Reihe von Wohnungen, die zwar nicht bewohnt sind, die aber wegen der Verlassenschaftsverhandlungen nicht vergeben werden können. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, wieso Gemeindewohnungen in den Zeitungen zur Weitervermietung angeboten werden können, sagte HATZL, diese Inserate werden geprüft. Es wurden aufgrund derartiger Inserate schon einige Kündigungen ausgesprochen. Damit war die Fragestunde beendet. (Forts.) gab/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Neue Gemeinderäte

=++++

17 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) Dem Gemeinderat lagen sieben Anfragen der ÖVP und drei Anfragen der FPÖ vor. Die FPÖ stellte den ANTRAG, daß leitende Bedienstete der Wiener Holding private Firmenbeteiligungen genehmigen lassen müssen. VIER ANTRÄGE der ÖVP forderten eine Überarbeitung des Flächenwidmungsplanes für Mauer, die Vorlage einer Mietberechnung und einer Schlußabrechnung für die Wohnhausanlage Trabrenngründe, die Erprobung verschiedener Therapiemethoden für Drogenabhängige und Arbeitsplätze für behinderte Jugendliche, die aus der Schule Austreten. Die Bezirksvertretung für den 6. Bezirk stellte den ANTRAG, die Straßenbahnlinie 52 oder 58 von der Babenbergerstraße über den Ring zu führen. Die Bezirksvertretung für den 8. Bezirk stellte die ANTRÄGE, das Haus Lerchenfelder Straße 2-4 als Pensionistenheim zu adaptieren und den Platz vor dem Hamerlinghof zu gestalten. Die Anfragen und Anträge wurden zur Behandlung zugewiesen.

Das Ausscheiden von GR. LEHNER (ÖVP) und der Gemeinderäte Ing. Hofmann, Schultz und Dr. Zemann (alle SPÖ) machte die Angelobung von vier Gemeinderäten notwendig. Neue Mitglieder des Gemeinderates sind: Gr. NEUMANN (ÖVP) sowie die Gemeinderäte EDER, KREMNITZER und LACINA (alle SPÖ). Im Zusammenhang damit wurden auch Wahlen in verschiedene Gemeinderatsausschüsse durchgeführt. (Forts.) sei/bs

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Ing. Hofmann neuer Verkehrsstadtrat

=++++

18 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat wählte mit den Stimmen der SPÖ Ing. Fritz HOFMANN (SPÖ) zum Stadtrat. Nach einer kurzen Sitzungsunterbrechung, in der der Wiener Stadtsenat mit den Stimmen der SPÖ dem Gemeinderat die Wahl von Ing. Hofmann zum Amtsführenden Stadtrat für "Straße, Verkehr und Energie" vorschlug, wählte der Wiener Gemeinderat Ing. Hofmann mit den Stimmen der SPÖ zum Amtsführenden Stadtrat. (Forts.) sei/gg

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: AKH-Kontrollamtsbericht)

=++++

20 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) Gr. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) berichtete über den bauwirtschaftlichen Prüfbericht des Kontrollamtes über den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses. Der fast 1000seitigen Bericht ist als Fortsetzung des vorjährigen Prüfberichtes über die Vergabe der Betriebsorganisationsplanung beim AKH anzusehen. Er behandelt die Baugeschichte des AKH von den Anfängen vor zirka 25 Jahren bis zum Jahr 1980.

Als grundlegenden Fehler sieht das Kontrollamt den Umstand an, daß erst im Juli 1979 ein Kostenrahmen von damals 19,5 Milliarden Schilling (Preisbasis 1976) festgelegt wurde. Bis zu diesem Zeitpunkt gab es weder ein Kosten- noch ein Zeitlimit für den Neubau. Trotz einer nahezu 20jährigen Planungsdauer gab es auch kein brauchbares Raum- und Funktionsprogramm. Die Betriebsorganisationsplanung setzte erst zu einem Zeitpunkt ein, als der Rohbau des Kerngebäudes schon seiner Fertigstellung entgegenging. 1956 ging man von einem geschätzten Bauvolumen von 984.000 Kubikmeter aus. Bei der Übernahme durch die AKPE betrug die geplante Kubatur bereits zwei Millionen Kubikmeter. Bis Mitte 1980 stieg sie auf 2,8 Millionen Kubikmeter. Gleichzeitig wurde die vorgesehene Bettenzahl von 2.730 auf 2.173 verringert. Der Kontrollamtsbericht sieht in der Ausweitung des Projektes das Kardinalproblem schlechthin. Hier liegt die Ursache für das enorme Ansteigen der Baukosten und für die Höhe der möglicherweise noch gravierenderen Betriebskosten.

Das Kontrollamt weist in diesem Zusammenhang auf die Sonderwünsche der Klinikvorstände hin und wirft die Frage auf, ob diese weitgehende Einflußnahme berechtigt war.

Die Organisation des AKH-Neubaues in den Jahren 1958 bis 1975 wird vom Kontrollamt negativ beurteilt. Dies gilt vor allem für den Spitzenausschuß. (Forts.) ger/bs

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: AKH-Kontrollamtsbericht

=++++

21 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) Die Übernahme der Agenden durch die AKPE erfolgte mangelhaft und ohne Sorgfalt. Wesentliche Unterlagen gingen verloren. Eine sorgfältige Problemanalyse unterblieb. Es gelang nicht, die künftigen Nutzer verantwortlich in die Organisation einzubinden.

Wesentliche Bauherrenfunktionen wurden der APAK übertragen. Diese Weitergabe wesentlicher Aufgaben wird vom Kontrollamt negativ beurteilt, weil die einheitliche Leitung des ohnehin kaum mehr überschaubaren Gesamtprojektes dadurch weiter erschwert wurde. Die Kontrolle der APAK durch die AKPE war nicht ausreichend. Das Honorar für die APAK wird als nicht angemessen bezeichnet. Zu einer ähnlichen Kritik hat auch der bestehende Architektenvertrag Anlaß gegeben.

Der Kontrollamtsbericht zeigt zahlreiche Bauabwicklungsfehler und Baumängel auf. So wurden Vergabebestimmungen verletzt, Bauleistungen kamen anders zur Ausführung, als sie ursprünglich geplant und ausgeschrieben worden waren. In zahlreichen Fällen wurde festgestellt, daß für Bauleistungen ungerechtfertigte Mehrverrechnungen erfolgt sind. In diesen Fällen hat das Kontrollamt die Rückforderung von einigen Dutzend Millionen angeregt. Manche Bauakte konnten dem Kontrollamt nicht oder nicht zur Gänze zur Verfügung gestellt werden. Das Kontrollamt empfiehlt dringend, zu verhindern, daß durch die Einschaltung von Zwischenunternehmen der Endpreis für bestimmte Leistungen ungerechtfertigt erhöht wird.

Der vorliegende Kontrollamtsbericht bedeute eine der umfangreichsten und schwierigsten Aufgaben, mit denen das Kontrollamt bisher betraut war. Hirnschall schloß mit dem Dank an das Kontrollamt für seine umfangreiche Arbeitsleistung. (Forts.)  
ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: AKH-Kontrollamtsbericht

=++++

22      Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) hielt fest, daß die FPÖ am 14. Februar 1979 einen Prüfungsantrag für die Betriebsorganisation des Allgemeinen Krankenhauses eingebracht hat und damit einen Weg zur Trockenlegung des "AKH-Sumpfes" eröffnete. Seine Partei will ihre Kontrolltätigkeit ungehindert ausüben. Pawkowicz kritisierte, daß der Finanzstadtrat wohl von möglichen Verfehlungen unterrichtet wurde, jedoch keine Konsequenzen gezogen und insbesondere keine Untersuchung eingeleitet habe. Erst im Juli 1979 wurde beim AKH ein Kostenrahmen gesetzt. Die Reduktion der Bettenzahl brachte keine Einsparungen. Das Kontrollamt habe kritisiert, daß die Möglichkeit, bestehende Bauten einzubeziehen, nicht ins Auge gefaßt wurde. Von der seinerzeitigen Bauleitung sei versäumt worden, mit den Architekten eine günstige Honorarvereinbarung zu treffen. Der Finanzminister habe die politische Verantwortung übernommen und die Konsequenz gezogen, im Bereich der Stadt Wien vermißt Pawkowicz ähnliche Konsequenzen. (Forts.) and/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: AKH-Kontrollamtsbericht

=++++

23 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. KRASSER (ÖVP) stellte eingangs die Frage, warum schon wieder über das AKH debattiert werde? Der Grund sei, daß der Kontrollamtsbericht in den Medien zu früh zur Veröffentlichung gelangt ist, und deshalb Stadtrat Mayr schon in der Gemeinderatssitzung vom 27. März 1981 dazu Stellung habe nehmen müssen.

Fehler seien bei einem Großbau dieser Art unumgänglich, beim AKH sei aber alles bisher dagewesene in den Schatten gestellt worden. Zu den Fehlleistungen hätten sich noch Korruption und Wirtschaftskriminalität gesellt. Als Hauptvorwurf gegenüber der Geschäftsführung der AKPE erwähnte GR. Krasser, die Tatsache, daß sie das Projektmanagement der APAK übertragen und dadurch Einheitlichkeit und Übersichtlichkeit unnötig erschwert habe. Die APAK hätte eine Milliarde für unzulängliche Leistungen erhalten. Er habe mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß nach der letzten Ausschußsitzung endlich Verhandlungen für einen besseren Vertrag mit der APAK, aufgenommen worden seien.

GR. Krasser warf den Eigentümervertretern vor, es an der nötigen Aufmerksamkeit fehlen gelassen zu haben. Bei einer rechtzeitigen Einrichtung der begleitenden Kontrolle wären die meisten Fehler vermeidbar gewesen. Politische Konsequenzen wären von den Verantwortlichen abgelehnt worden. Stadtrat Mayr hätte im Februar 1979 nicht reagiert, als ihn Chefredakteur Worm vom "profil" über Winter informiert habe.

Zu den Vorhersagen von Präsident Kandutsch und Stadtrat Mayr über die Weiterführung des AKH-Baus äußerte GR. Krasser seine Skepsis. Zum Vortrag von Magistratsdirektor Bandion über die Kontrolle meinte er, eine etwa vorhandene Kontrollaufblähung sei nicht auf Wien zu beziehen. Wenn vorhanden, liege ihr Grund in den bestehenden Fehlern und Mängeln. Den Kontrollamtsbericht nahm GR. Krasser zustimmend zur Kenntnis. Hierauf wurde die Sitzung unterbrochen. (Forts.) roh/gg

Stadtrat Hofmann: Wohnstraßen gesetzlich verankern

=++++

19 #Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) Der neue Stadtrat für Straße, Verkehr und Energie, Ing. Fritz HOFMANN, bekannte sich in einem ausführlichen Gespräch mit "Wien aktuell-Wochenblatt" zu den Konzepten der Wohnstraße und der Verkehrsberuhigung. "Wir müssen die städtischen Freiräume den Menschen zurückgeben", sagte er im ersten Interview nach seiner Nominierung.#

Unter der Amtsführung von Stadtrat Hofmann waren in den Siebzigerjahren die großen Fußgängerzonen in der Inneren Stadt und in Favoriten entstanden. "Diesen Weg gilt es in verschiedenen Formen fortzusetzen", sagte Hofmann. "Auf Bundesebene wird derzeit eine Novelle der Straßenverkehrsordnung vorbereitet, die den jetzt international vieldiskutierten Begriff der "Wohnstraße" gesetzlich verankern wird. Aus der Wohnstraße ist der Verkehr nicht völlig verbannt, aber durch Hindernisse sehr verlangsamt oder zeitweise verboten".

Zu den Tarifen der Verkehrsbetriebe erklärte Hofmann, daß diese Frage derzeit nicht aktuell sei. "Es wird aber sicher eine Situation kommen, in der man sich darüber unterhalten muß". Deshalb sei es notwendig, das ganze System zu überdenken, nicht nur die finanzielle Seite: "Es gilt, kundenfreundlichere Formen zu finden, um auch in dieser Hinsicht den öffentlichen Verkehr attraktiver zu machen".

Ein neuer Aufgabenbereich für Stadtrat Hofmann ist die Energieversorgung. "Die Sicherung einer ausreichenden Energieversorgung muß mit Bemühungen um das Energiesparen Hand in Hand gehen", meinte Hofmann dazu. "Dabei kommt auch der weiteren Arbeit an der Erprobung und, wenn möglich, dem Einsatz alternativer Energieformen besondere Bedeutung zu." (Schluß) roh/gg

NNNN

Schieder: Volle Unterstützung Wiens für Minister Steyrer und  
Bleireduktion (1)

Utl.: Studie über Verringerung des Bleigehaltes

=++++

25 #Wien, 14.5. (RK-POLITIK) Die Bemühungen und die erzielte Grundsatzübereinkunft zwischen Minister Dr. STEYRER und der ÖMV, den Bleigehalt im Kraftstoff zu senken, sind eine der wesentlichen Umweltinitiativen der letzten Jahre und verlangen volle Unterstützung aller Menschen, die an einer gesunden Umwelt interessiert sind. Dies erklärte Wiens Umweltstadtrat Peter SCHIEDER Donnerstag gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ". Die Reduktion des Bleigehaltes sei, so Schieder, neben der Herabsetzung des Schwefelgehaltes im Heizöl jene Maßnahme, die mit einem Schlag die Umweltsituation in den Städten verbessern wird. "Der Bund hat mit dieser Initiative zur Herabsetzung des Bleigehaltes einen bedeutenden Schritt für die Wiener Luft und damit für die Wiener Bevölkerung initiiert. Sollte noch rasch der Schwefelgehalt im Heizöl herabgesetzt werden, so würde die Wiener Luft noch um Klassen besser werden", meinte Schieder. #

Zwtl.: Studie der TU Wien unterstreicht Gesundheitsgefährdung

Die Probleme, die durch Bleiemissionen in der Luft und damit für die Umwelt entstehen, waren für die Stadt Wien Anlaß, schon vor einiger Zeit von seiten der Umwelta Abteilung eine genaue Untersuchung über die Möglichkeit der Bleireduktion bei den in Österreich verwendeten Vergaserkraftstoffen durchführen zu lassen.

Diese Untersuchungen wurden vom Institut für Analytische Chemie der TU-Wien durchgeführt und weisen nach, daß der in der VDI-Richtlinie 2310 vorgeschlagene MIG-Wert (Maximaler Immissionskonzentrations-Grenzwert) von 3 Mikrogramm/m<sup>3</sup> Luft in der atembaren Korngrößenfraktion als 24-Stunden-Mittelwert an verkehrsreichen Straßenzügen in Wien überschritten werden kann.

(Forts.) hs/bs

Schieder: Volle Unterstützung für Minister Steyrer und  
Bleireduktion (2)

=++++

26 Wien, 14.5. (RK-POLITIK) Darüber hinaus sind aber auch Untersuchungen bekannt, daß der Blutbleispiegel von Neugeborenen wesentlich höher sein kann als der ihrer Mütter und daher schon früher Schäden eintreten können.

Der Rat der Umweltsachverständigen des Bundesministers des Inneren in der BRD hat eindeutige synergistische Wirkungen von Blei im Boden mit anderen Schadstoffen wie SO<sub>2</sub>, Cadmium und anderen Schwermetallen nachgewiesen, sodaß auch hier schon Schäden zu befürchten sind, noch ehe ein Grenzwert überschritten wird.

In Anbetracht dieser Erkenntnisse hat die Umweltschutzabteilung im Auftrag von Stadtrat Peter Schieder Herrn Dr. Schmied vom Institut für Verfahrenstechnik und Technologie der Brennstoffe der TU-Wien im Jahre 1980 veranlaßt, eine Studie über die Möglichkeiten der Bleireduktion in Vergasertreibstoffen durchzuführen. Dabei sollte besonders Augenmerk auf die in Österreich vorhandenen Technologien zur Bleireduktion gelegt werden.

Diese Studie, die nun vorliegt, ergibt unzweifelhaft, daß es in Österreich möglich ist, ohne den gefährlichen Benzolzusatz den Bleigehalt zunächst auf 0,15 g/l wie in der BRD zu senken und später die Herstellung eines völlig bleifreien Benzins in Erwägung zu ziehen.

"Allein aus den Kfz-Abgasen gelangen in Wien jährlich etwa 200 Tonnen Blei in die Luft", sagte Schieder. "Wird der Bleigehalt im Benzin jedoch auf 0,15 Gramm pro Liter herabgesetzt, so kann, wie Messungen in Frankfurt ergeben haben, die Bleibelastung der Umwelt gleichfalls auf ein Drittel reduziert werden. (Schluß) hs/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: AKH-Kontrollamtsbericht

=++++

27 Wien 14.5. (RK-KOMMUNAL) Um 13.15 Uhr wurde die Sitzung mit der Fortsetzung der Debatte zum AKH-Kontrollamtsbericht wieder aufgenommen. GR. SCHWEDA (SPÖ) sprach sich für eine zeitnahe Kontrolltätigkeit - wie sie ja vom Kontrollamt ausgeübt werde - aus, und sagte, es gelte nun, aus gemachten Fehlern zu lernen und deren Wiederholung zu vermeiden.

Schweda wies darauf hin, daß die seinerzeitigen Entscheidungen bei der Planung des AKH von Wissenschaftlern und Fachleuten getroffen und von den politischen Gremien einhellige Beschlüsse gefaßt wurden. Irrtümer und Fehler seien bei einem derartigen in seiner Größe nicht vergleichbaren Bauwerk kaum zu vermeiden, die Schlampereien und kriminellen Verfehlungen seien allerdings bedauerlich, wobei letztere zu ahnden seien.

Die Notwendigkeit, bei einem Bauwerk, dessen Planung und Bau sich über Jahrzehnte erstreckten, Teilphasen zu kontrollieren, habe sich beim AKH gezeigt, sagte Schweda. Dieses Heranrücken der Prüfhandlung an die Entscheidungsprozesse werde ja nun vom Kontrollamt durchgeführt. Generell betonte Schweda, daß Wien über eine fähige Verwaltung verfüge, die auch auf wirtschaftlichem Gebiet reüssieren könne, wenn man ihr die Chance gebe. Abschließend dankte Schweda dem Kontrollamt für die geleistete Arbeit und sprach sich gegen die immer wieder von der Opposition geforderten personellen Konsequenzen aus, die eine Flucht vor der Grundsatzdebatte bedeuten würden.

GR. HIRNSCHALL (FPÖ) betonte in seinem Schlußwort, daß es keine gravierenden Gegensätze in den Debattenbeiträgen gegeben habe und ersuchte um Kenntnisnahme des Berichtes.

EINSTIMMIG ANGENOMMEN. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Rechnungshof über AKH

=++++

29 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat MAYR (SPÖ) beantragte als Berichterstatter, den Rechnungshofbericht über die Betriebsorganisationsplanung beim AKH zur Kenntnis zu nehmen und die vom Wiener Stadtsenat genehmigte Umwandlung der AKPE in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu beschließen. Der Rechnungshof kritisierte vor allem, daß Planungsleistungen nicht ausgeschrieben wurden. Mayr erklärte, daß diese Kritik sachlich schwer einer Lösung zuzuführen ist. Die öffentliche Diskussion ist zunächst in Richtung der Ausarbeitung eines neuen Vergabegesetzes gelaufen. In der Zwischenzeit gibt es gewisse Einschränkungen, da man erkannte, daß der Bund und die neun Landesbaudirektoren geistige Leistungen nicht ausschreiben.

GR. KUCHAR (FPÖ) erklärte, daß in diesem Land offensichtlich mit zweierlei Maß gemessen wird. Vorgänge, die in der Privatwirtschaft zu schwerwiegenden Konsequenzen führen würden, blieben beim AKH ungeahndet. Obwohl der Aufsichtsrat der AKPE dem Vorstand Kreditaufnahmen untersagte, wurde im Oktober 1976 ein Kredit in der Höhe von 20 Millionen aufgenommen. Einzige "Sanktion" war, daß dieses Vorgehen des Vorstandes nachträglich bewilligt wurde. Prof. Riethmüller arbeitete seit 1973 als Betriebsberater beim AKH. Er hätte dafür eine Gewerbeberechtigung gebraucht. Diese wurde ihm im Jahr 1978 unter Nachsicht des Befähigungsnachweises erteilt. Wäre das bei einem kleinen Gewerbebetrieb auch möglich?

Die Mehrheit in diesem Hause hätte schon längst Konsequenzen ziehen müssen. Der Rücktritt der politisch Verantwortlichen wäre notwendig, damit das Vertrauen der Bevölkerung in die Demokratie erhalten bleibt. (Forts.) sei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Rechnungshof über AKH

=++++

30 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) Dem Rechnungshof war jahrelang die Möglichkeit genommen, die Vorgänge beim Neubau des AKH zu überprüfen, weil die SPÖ das Prüfungsbegehren der ÖVP stets abgelehnt hatte, sagte GR. FÜRST (ÖVP). Der nunmehr vorliegende Rechnungshofbericht bringt die Säulen der bisherigen SPÖ-Argumentation zum Einsturz. Er geht - im Gegensatz zur Behauptung der SPÖ - auf einen Antrag von Wiener Abgeordneten der ÖVP im Nationalrat zurück. Vom Rechnungshof wird - im Gegensatz zu den Behauptungen der SPÖ - eine Kostenexplosion auf das Zwanzigfache des ursprünglich geschätzten Betrages festgestellt. 1957 hatte sich die Kostenschätzung für den AKH-Neubau mit 2.500 Betten um 1,3 Milliarden bewegt. Der Rechnungshof weist - im Gegensatz zu den Behauptungen der SPÖ - auf eine Zeitverzögerung beim Bau des AKH hin. Bei der Vergabe der Betriebsorganisationsplanung gingen die Organe der AKPE nicht mit der wünschenswerten Sorgfalt vor. Der Rechnungshof spricht dafür alle verantwortlichen Organe dieser Gesellschaft schuldig, nicht nur einige kriminelle Manager. Die Verantwortung liegt damit klar auf der Hand, von einer Kollektivschuld aller im Gemeinderat vertretenen Parteien könne keine Rede sein.

Die Vergabe der Planung erfolgte freihändig und nicht nach der Ö-Norm. Es gab keine ausreichende Prüfung des Leistungsumfanges. Wichtige schriftliche Unterlagen waren für den Rechnungshof nicht auffindbar. Leistungen wurden doppelt verrechnet. Das teuerste Angebot für die Betriebsorganisationsplanung wurde angenommen.

Welche fördernde Hand lag über den Firmen, die mit der Betriebsorganisationsplanung beschäftigt waren, fragte Fürst. Millionenbeträge wanderten von der "Neuen Heimat" in eine sozialistische Firmenkette. FPÖ und SPÖ verhinderten im AKH-Untersuchungsausschuß gemeinsam die vollständige Aufklärung dieser Angelegenheit. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Rechnungshof über AKH

=++++

31 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) Interessant wäre auch, genau festzustellen, welche Rolle Prof. Riethmüller gespielt hat, sagte Fürst. Riethmüller selbst verweigerte als ausländischer Staatsbürger die Einvernahme im AKH-Untersuchungsausschuß. Den Bürgern bleibt es unverständlich, daß aus den Vorgängen beim Neubau des AKH keine personellen Konsequenzen gezogen wurden, schloß Fürst. (Forts.) ger/sr

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Rechnungshof über AKH

=++++

32 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) Gegen Personifizierung, Gerüchtemacherei und Verleumdung wandte sich GR. WIESINGER (SPÖ). Er deponierte, daß in einem 36 Seiten-Bericht festgestellt wurde, es habe keinen Zusammenhang zur SPÖ, zum Vorwärts oder zu den Töchtern gegeben. Der Redner hielt fest, daß im Jahre 1954 die damalige Planung mit Absicht flexibel gehalten wurde, um der medizinischen Entwicklung folgen zu können. Alle Entscheidungen seien auch bis zum Ende der Koalition einhellig zustande gekommen, erst dann habe die Skandalisierungswelle eingesetzt. Der Rechnungshof sei bei seinen Prüfungen zum Schluß gekommen, es seien mehrere Umstände zusammengekommen, die seit der Planung und dem Baubeginn eine kosten- und zeitgünstige Projektabwicklung erschwerten: Mängel beim Raumprogramm, Erweiterung des Raumprogramms und Baukostenerhöhungen durch Bauauflagen. Der Rechnungshof habe jedoch die zahlreichen Leistungen für das größte Einzelbauvorhaben der Zweiten Republik erkannt, zu dem sich auf die SPÖ stets bekannt habe. "Wir wollen nichts vertuschen oder beschönigen, wir wollen die totale Aufklärung. Wir bekennen uns zu diesem Bau, Wien und ganz Österreich braucht dieses Spital", sagte Wiesinger. Er wandte sich gegen alle pauschalen Anschuldigungen und deponierte, auch ein Politiker könne nicht alle Facetten eines Charakters im Vorhinein erkennen. Zum Zeitpunkt der Bestellung hatte niemand Kenntnis davon, daß Manager korrupt waren. (Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Rechnungshof über AKH

=++++

33 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) forderte vielfältige Konsequenzen aus dem Rechnungshofbericht: strafrechtlicher Natur, politischer Natur - die Führung habe sich in allen Phasen zuwenig um das gigantische Projekt gekümmert, der Mißtrauensantrag bleibe daher aufrecht - sowie organisatorischer Natur. In diesem Zusammenhang käme es mehr auf die richtigen Persönlichkeiten als auf die Gesellschaftsform an. Eine Ges. m. b. H. biete allerdings größere Durchgriffsmöglichkeiten für die Eigentümer. Dr. Hirnschall zitierte im folgenden GR. Dkfm. Dr. Maria Schaumayer, die schon vor geraumer Zeit die Einrichtung der begleitenden Kontrolle, die Einsetzung von Dr. Kandutsch als deren Chef sowie dessen gleichzeitige Funktion als Präsident des Aufsichtsrates gefordert hatte. Mittlerweile seien alle diese Wünsche erfüllt worden. Da die Gesellschaftsform einer Ges. m. b. H. einen Fortschritt gegenüber der bisherigen Situation darstelle, gebe ihr seine Fraktion ihre Zustimmung. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Rechnungshof über AKH

=++++

34 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm.Dr. Maria SCHAUMAYER (ÖVP) meinte einleitend, daß Stadtrat Stacher und Minister Herta Firnberg entgegen der Voraussage von Stadtrat Mayr keine Eigentümerrechte beim neuen AKH wahrnehmen, obwohl beide Nutznießer wären. Der Gesellschafterausschuß, in dem sie vertreten sind, habe rechtlich zu geringe Valenz.

Trotz der neuen Gesellschaftsgründung gebe es noch immer "weiße Flecken auf der Landkarte der Verantwortlichkeit". Einige Anregungen der Volkspartei seien allerdings wahrgenommen worden - so zum Beispiel die Einrichtung einer begleitenden Kontrolle oder die Versuche, die APAK-Wucherungen einzudämmen. Allerdings seien die von der Volkspartei verlangten rechtlichen Konsequenzen bei der Absetzung des alten Aufsichtsrates vermieden worden.

Auch gebe es im neuen Gesellschaftervertrag keinen Passus für eine Abschlußprüfung des sogenannten "Evidenzkreises Bau". Damit sei eine neuerliche Einengung der Prüfungstätigkeit verbunden. Die neue Gesellschaftsform bewirke nichts, entscheidend sei allein die Auswahl der richtigen Personen. Die Planungsausschreibungen müßten öffentlich durchgeführt, die Ö-NORM dabei eingehalten werden.

Dem Vertrag wäre nur bei größtmöglichem Vertrauen zuzustimmen. Die Vertrauensbasis sei aber seitens der SPÖ nachhaltig gestört, da die Bereitschaft zu Konsequenzen fehle. (Forts.) roh/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Rechnungshof über AKH

=++++

35 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) Dr. Schaumayer bezeichnete den Parteivorsitzenden der FPÖ, Dr. Steger, als einfallreichen und wendigen Politiker, der sich allerdings im Falle Androsch als "Vollwaschautomat" verhalten habe. Stegers Äußerungen stünden nicht im Einklang mit den Prüfberichten des Rechnungshofes. Beispielsweise leugne Steger die Verbindung zwischen der Consultatio und dem AKH. Diese Äußerungen, die Steger nur aus politischer Gefälligkeit der SPÖ gegenüber mache, wären der vollständigen politischen Aufklärung hinderlich. Anschließend bezeichnete Schaumayer den Auftritt des GR. Hirnschall bei der Trauersitzung für den verstorbenen Stadtrat Nittel als "blamabel". Auch die FPÖ sei schon im politischen Sumpf versunken. Nachhaltig für Sauberkeit und Ordnung werde nur der Wähler sorgen können, wegen der sozialistischen Auffassung über politische Konsequenzen, allerdings erst nach Ablauf dieser Legislaturperiode. (Forts.) roh/sr

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Rechnungshof über AKH

=++++

36 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) GR. MAYRHOFER (SPÖ) betonte in seinem Debattenbeitrag die Vorzüge der Umstrukturierung der AKPE in eine Ges. m. b. H. Diese Form biete eine bessere Möglichkeit des Eingreifens für die politisch Verantwortlichen. Durch verschiedene Sicherungsklauseln werde die AKPE zu einem maximal kontrollierten Unternehmen.

Mit dem von Bund und Stadt Wien paritätisch beschickten Gesellschafterausschuß und den Neubesetzungen an der Spitze des Aufsichtsrates und im Vorstand der AKPE, sowie der im Gesellschaftsvertrag festgelegten begleitenden Kontrolle seien die besten Voraussetzungen geschaffen, den Bau im Rahmen festgelegter Termin- und Kostenziele fortzuführen. Mayrhofer wies darauf hin, daß sich die ÖVP früher für die Gesellschaftsform der Ges. m. b. H. ausgesprochen habe, weil diese ja die größere Verantwortung der Eigentümervertreter mit sich bringe. Nun lehne die ÖVP diese Konstruktion ebenso ab wie die Verbindung der begleitenden Kontrolle mit dem Aufsichtsratsvorsitz. Er appelliere daher an die ÖVP, der Umstrukturierung ihre Zustimmung zu geben.

Der Gesellschaftsvertrag sei ein wesentlicher Schritt auf dem Weg zur Fertigstellung eines modernen und zukunftsorientierten Krankenhauses, schloß Mayrhofer. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Rechnungshof über AKH

=++++

38 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) Die Nachsicht eines Befähigungsnachweises wird auch bei kleinen Gewerbebetrieben gewährt, betonte Stadtrat MAYR (SPÖ) in seinem Schlußwort als Berichterstatter. Zum Beispiel dann, wenn sich jemand eine jahrelange Erfahrung auf einem Gebiet erworben hat. Man mag zu Dr. Riethmüller stehen wie man will, seine Erfahrungen im deutschen Krankenanstaltenwesen sind unbestritten.

Es stimmt, daß der Prüfungsauftrag an den Rechnungshof erst 1979 ergangen ist. Der Rechnungshof hätte jedoch die Möglichkeit gehabt, ohne Auftrag von sich aus jederzeit zu prüfen.

Zur Kritik an der AKPE erklärte Mayr, daß man doch auch anerkennen müsse, daß von der AKPE ein großer Impuls auf das Baugeschehen ausgegangen ist. Diese Meinung vertritt auch Dr. Kandutsch, der sich in den letzten Monaten sehr intensiv mit dem Neubau des AKH beschäftigt hat. (Forts.) sei/bs

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Rechnungshof über AKH

=++++

39 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) Zum Komplex Mediplan erklärte Mayr, daß Abg. Kurt Bergmann in einer ÖVP-Zeitung den ungeheuren Vorwurf erhob, daß Spitzenpolitiker der SPÖ sich beim AKH viele Millionen verschafft haben. Er, Mayr, habe die Klage eingebracht, und er hoffe, daß sich der Abgeordnete Bergmann nicht hinter der Immunität verschanze. Man solle nicht über den politischen Stil klagen, wenn man gleichzeitig solche ungeheuren Behauptungen aufstellt. In der Frage selbst hat ein der ÖVP sicherlich nicht fernstehender Gutachter festgestellt, daß eine finanzielle Zuwendung an die Vorwärts-AG oder an die Sozialistische Partei Österreichs nicht erblickt werden kann. Weiters stellt dieser Gutachter fest, daß Transaktionen zwischen der Vorwärts-AG und der INFRA-Bau in keinem zeitlichen und sachlichen Zusammenhang mit dem Auftrag der AKPE an die Arbeitsgemeinschaft Mediplan stehen.

ABSTIMMUNG: Der Bericht des Rechnungshofes wurde einstimmig zur Kenntnis genommen. Die Umwandlung der AKPE in eine Ges.mBH. wurde mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ beschlossen. (Forts.) sei/sr

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Verein "Drachengasse 2"

=++++

40 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) Gr. Dkfm.Dr. AIGNER (SPÖ) stellte den Antrag, dem Verein "Drachengasse 2", der Gesellschaft für Musiktheater und dem Theater beim Auersperg Baukosten- und Investitionszuschüsse in der Höhe von insgesamt 725.000 Schilling zu gewähren.

Gr. PROCHASKA (ÖVP) machte Bedenken gegen die Förderung des Vereins "Drachengasse 2" geltend. Er bezweifelte, daß es sich bei den Aktivitäten dieses Vereins um ein berechtigtes Anliegen der Wiener Frauen handle. Vielmehr sei dieses Anliegen vom Inhalt und von der Größenordnung her so, daß man sich auch bestehender Institutionen bedienen hätte können.

Gr. Dkfm.Dr. AIGNER wies darauf hin, daß der Verein "Drachengasse 2" außer einem Kleintheater auch andere kulturelle Aktivitäten im Rahmen eines Kommunikationszentrums betreiben wolle. Man soll den Frauen eine Chance zur Verwirklichung ihres Anliegens geben.

ABSTIMMUNG: Die Baukosten- und Investitionszuschüsse für die Gesellschaft für Musiktheater und für das Theater beim Auersperg wurden einstimmig, für den Verein "Drachengasse 2" mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) ger/bs

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Kulturschilling

=++++

41 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm. Dr. AIGNER (SPÖ) stellte den Antrag, der Wiener Secession zur Durchführung der fünften Internationalen Biennale "Erweiterte Fotografie" einen Förderungszuschuß in der Höhe von einer Million Schilling zu gewähren.

Gr. Mag. KAUER (ÖVP) brachte einen ABÄNDERUNGSANTRAG ein, die Bedeckung nicht aus dem Kulturschilling vorzunehmen. Der Abänderungsantrag wurde mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt, der Antrag des Berichterstatters mit den Stimmen der SPÖ und der FPÖ angenommen. (Forts.) ger/sr

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Subvention für Jugendmusikfestival

=++++

42 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) GR. EMERLING (SPÖ) beantragte eine Ausfallshaftung in der Höhe von 600.000 S für die "Vereinigung für Internationalen Kulturaustausch" zur Durchführung des 10. Jugendmusikfestivals. GR. HAHN (ÖVP) kritisierte neuerlich die beabsichtigte Deckung aus dem Kulturschilling und die bisher nach seiner Ansicht unzureichende Belegung der Ausgaben. In diesem Zusammenhang zitierte er auch das Kontrollamt.

Stadtrat MAYR (SPÖ) verwies darauf, daß derzeit Überlegungen der SPÖ für effiziente Maßnahmen zur Altstadterhaltung in parlamentarischer Behandlung stehen. 13 Jahre nach der von der ÖVP beschlossenen Mietenregelung konnte es zu keiner vernünftigen Erhaltung und Sanierung des Althausbestandes kommen. In Wien sei man hinsichtlich einer sinnvollen Dotierung der Altstadterhaltung gesprächsbereit, die ÖVP müsse jedoch auch in der Öffentlichkeit deutlich sagen, daß die Hausbesitzer einen entsprechenden Verdienst aus ihrem Besitz wollen, um sich für die Hauserhaltung einzusetzen.

Der Geschäftsführer der Vereinigung, Oberhofer, wurde über Veranlassung von Stadtrat Zilk außer Dienst gestellt, und es werden alle möglichen rechtlichen Konsequenzen ausgeschöpft werden.

In seinem Schlußwort sagte Emerling, über Weisung von Stadtrat Zilk sei bereits eine Änderung im Vorstand vorgenommen worden. Die beabsichtigte Bedeckung der Förderung erfolgt im Rahmen der Gesetze.

ABSTIMMUNG: Mit Mehrheit angenommen. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Subvention für Künstlerhaus

=++++

43 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) GR. STRANGL (SPÖ) beantragte, dem Künstlerhaus zur Durchführung der Ausstellungstätigkeit einen Förderungszuschuß in Form einer Ausfallhaftung in der Höhe von 1,360.000 S aus den Mitteln des Kulturschillings zu bewilligen.

GR. SCHNEIDER (ÖVP) appellierte in seiner Wortmeldung an die SPÖ, sich zusammzusetzen und einen tragbaren Weg zur Verwendung des Kulturschillings zu suchen. Er stellte in diesem Sinne den Abänderungsantrag, die bezügliche Subvention nicht aus dem Kulturschilling zu bedecken.

ABSTIMMUNG: Der Abänderungsantrag wurde abgelehnt, der Antrag mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

Zwtl.: Subvention für Kunstverein

GR. STRANGL (SPÖ) beantragte weiter, dem Kunstverein Wien 1, Schönlaterngasse 9, zur Durchführung der Ausstellung "Art Club" im Museum des 20. Jahrhunderts in der Zeit vom 19. November 1981 bis 10. Jänner 1982 einen Förderungszuschuß in Form einer Ausfallhaftung in der Höhe von 2,200.000 S aus den Mitteln des Kulturschillings zu gewähren.

GR. Mag.KAUER (ÖVP) gab in seiner Wortmeldung zu, daß Altstadtsanierung mit den Mitteln des Kulturschillings allein nicht bestritten werden könne, meinte aber daß gerade für eine so hohe Subvention diese geringen Mittel nicht in Anspruch genommen werden sollten. er stellte daher den Abänderungsantrag, die Subvention nicht aus den Mitteln des Kulturschillings zu bedecken.

ABSTIMMUNG: Der Abänderungsantrag wurde abgelehnt, der Antrag mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen. (Forts.) roh/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Umweltfragen

=++++

45 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) Zum ANTRAG von GR. KNEIDINGER (SPÖ), den Sachkredit für die Umlegung der durch den Bau der Brigittenauer Brücke betroffenen Wasserrohre auf insgesamt 5,2 Millionen zu erhöhen, lag keine Wortmeldung vor. Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

GR. OUTOLNY (SPÖ) beantragte Subventionen in der Höhe von 500.000 S für "Die Naturfreunde", 100.000 S für den Naturschutzbund und fünf Millionen für den Verein Niederösterreich Wien - gemeinsame Erholungsräume. GR. DDr. STRUNZ (ÖVP) begrüßte diesen Antrag, wandte aber ein, daß ein wesentlicher Erholungsraum in Wien, der Prater, stiefmütterlich behandelt werde. Insbesondere sei das Heustadelwasser durch die Brückenabläufe der Praterbrücke verseucht. Besonders die Werte der Bleiverseuchung seien alarmierend. Trotz mehrmaliger Mahnungen durch die ÖVP sei hier nichts geschehen.

Stadtrat SCHIEDER (SPÖ) entgegnete, daß in der betreffenden Frage sehr wohl wesentliche Maßnahmen gesetzt worden seien. Bei der Praterbrücke handelt es sich um eine Bundesbrücke, deren Abwässer irregulär in ein geschütztes Wiener Gewässer geleitet werden. Die Stadt Wien hat den Bund angezeigt und überdies bereits ein Vorprojekt zur Beseitigung der Abwässer erstellt. Überdies ist die Stadt Wien auch in der Frage des Bleigehalts im Benzin aktiv gewesen und hat Gesundheitsminister Steyrer einen diesbezüglichen Bericht übergeben. Die Initiative Steyrers, den Bleigehalt im Benzin zu senken, werde von Wien begrüßt, schloß Schieder.

GR. Outolny wies in seinem Schlußwort auf das Maßnahmenpaket für Erholungsräume in Wien, darunter auch für den Prater und die Lobau, hin.

Der ANTRAG wurde einstimmig angenommen.

Die Sitzung des Gemeinderates wurde um 17.15 Uhr beendet.

(Schluß) gab/sr

NNNN